

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags

betreffend

Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Einklang mit den Beschlüssen der Klimakonferenz von Paris (COP21) eine gemeinsame Energie- und Klimastrategie vorgelegt wird. Im Rahmen dieser ist insbesondere zu berücksichtigen, dass

- sich Österreich zu den Beschlüssen der Pariser Weltklimakonferenz bekennt und deren Umsetzung unterstützt;
- das von der EU für Österreich im Effort Sharing 2030 vorgeschlagene Reduktionsziel in den klimaschutzrelevanten Planungen mitberücksichtigt wird und nach endgültiger Festlegung der Reduktionsmengen eine breit zu diskutierende Umsetzungsstrategie unter Einbeziehung der Länder beschlossen und umgesetzt wird;
- diese Umsetzungsstrategie entlang der vier Ziele der Energie- und Klimastrategie (Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit) sozial verträglich und mit den Standortzielen Oberösterreichs vereinbar ist;
- die Umsetzungsstrategie von einer Strategie auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen im Bereich Cleantech-Sektor begleitet wird, damit der notwendige Klimaschutz auch als Wirtschaftschance genutzt wird, wofür ein praxisnahe Umsetzung mit optimalem Kosten-Nutzen-Faktor wichtig ist;
- ein Fokus im Bereich Forschung & Entwicklung gesetzt wird, der die oberösterreichischen Stärken im Bereich Cleantechnology weiter festigt;
- Klimawandelanpassungsmaßnahmen als Vorsorge und zum Schutz von Mensch und Infrastruktur entsprechend vorangetrieben werden;
- sich Österreich weiterhin für einen europaweiten Atom-Ausstieg einsetzt.

Begründung

Durch das Pariser Übereinkommen, welches Anfang Oktober auch vom Europäischen Parlament ratifiziert wurde, ergeben sich für Europa historische Chancen, aber auch Risiken.

Österreich gehört zu jenen sieben EU-Mitgliedsstaaten, die die nationalen Ratifikationsverfahren bereits abgeschlossen haben und zeigt somit, dass es seiner Verantwortung im Bereich des Klimaschutzes nachkommt.

Im Sinne eines zukunftsorientierten nachhaltigen Umganges mit unseren Ressourcen ist es notwendig, sich intensiv mit Energie- und Klimafragen im Zusammenhang mit Standortattraktivität zu beschäftigen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln und auch umzusetzen. Diese Maßnahmen müssen in einer europäischen Einheit unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Umsetzungsniveaus festgelegt werden.

Maßnahmen im Energie- und Klimabereich tragen zur Weiterentwicklung des Standortes Oberösterreich bei, wenn sie positive wirtschaftliche Impulse auslösen. So können sich zB neue Geschäftsfelder für Startups erschließen. Zukunftsträchtige Technologien benötigen oftmals Anreize in Form von Förderungen. Auch im Bereich der Cleantechnology soll darauf geachtet werden, dass Marktverzerrungen so gut als möglich vermieden werden.

Die Bundesländer sollen aufgrund der vielfältigen Auswirkungen der Klimaschutzmaßnahmen auf Augenhöhe in die Erarbeitung des Weißbuchs zur integrierten österreichischen Energie- und Klimastrategie eingebunden werden.

Linz, am 15. November 2016

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Hirz, Schwarz, Böker, Kaineder, Mayr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Raffelsberger, Pühringer, Weinberger, Hattmannsdorfer, Lackner-Strauss, Rathgeb, Hummer, Sigl

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor